S 8 SB 745/96

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung 15 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 SB 745/96 Datum 25.11.1999

2. Instanz

Aktenzeichen L 15 SB 25/03 Datum 20.05.2003

3. Instanz

Datum 14.08.2003

- I. Der Rechtsstreit \tilde{A}^{1} /4ber die Berufung des Kl \tilde{A} xgers (L 15 SB 28/00) ist durch die Berufungsr \tilde{A}^{1} /4cknahme vom 15.08.2001 erledigt.
- II. AuA

 ergerichtliche Kosten im Rahmen der Fortsetzung des Verfahrens vor dem Bayerischen Landessozialgericht sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Beendigung des Berufungsverfahrens L 15 SB 28/2000 durch Berufungsr $\tilde{A}^{1/4}$ cknahme bzw. um die H \tilde{A} ¶he des Grades der Behinderung (GdB) und die gesundheitlichen Voraussetzungen f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Nachteilsausgleiche "G" und "RF".

Der am 1948 geborene Kläger, der sich seit dem 06.10.1996 in Strafhaft befindet, beantragte am 12.12.1995 die Neufeststellung seines GdB sowie die Zuerkennung der Nachteilsausgleiche "G" und "RF". Mit Bescheid vom 21.06.1996 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 27.08.1996 hob der Beklagte den GdB von 50 auf 60 an, verneinte jedoch das Vorliegen der Voraussetzungen für die beantragten Nachteilsausgleiche. Die anschlieÃ□ende Klage vom 27.09.1996 wies das

Sozialgericht Augsburg mit Urteil vom 25.11.1999 ab. Hiergegen legte der KlĤger durch seine BevollmÄxchtigte am 03.02.2000 Berufung zum Bayer. Landessozialgericht ein; deren letzter Schriftsatz datiert vom 28.07.2000, danach wurde der Rechtsstreit vom KlĤger selbst betrieben. Am 17.08.2001 ging bei Gericht die dem KlĤger übersandte und von diesem am 15.08.2001 unterschriebene ErklĤrung ein, dass er die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Augsburg vom 25.11.1999 zurĽcknehme. Entsprechend der AbschlussverfA¼gung vom 21.08.2001 wurde das Berufungsverfahren am 27.08.2001 ausgetragen; der KlÄger wurde hiervon mit Schreiben vom 21.08.2001 benachrichtigt. Unter Bezugnahme auf diese Mitteilung erklägte der Kläger mit Schreiben vom 30.08.2001 u.a.: "Um in der Sache weiterzukommen war nĶtig, das erste Verfahren durch das mir von Ihnen zugegangene Berufungsschreiben zurückzuziehen damit Verfahren Nr.2 endlich weiter bearbeitet werden konnte â∏ Aus diesem Grunde bitte ich um Mitteilung, wann nun mit meinem in dieser Sache fast gleichen Verfahren weiter gearbeitet werden wird. Da ich beabsichtige, diesbezüglich einen Anwalt neu einzuschalten, bitte ich um beschleunigte Mitteilung."

Mit Schreiben vom 14.02.2002 trug der Kläger u.a. vor,: "Wie Ihnen bekannt ist, bin ich der deutschen Sprache nicht mächtig im Schreiben und war zu dem Zeitpunkt 15.08.2001 zu einem Mitgefangenen sehr vertrauensseelig und war auch froh, dass er mir seine Hilfe angeboten hat. Ich wusste nicht, dass er mir damals die Zurücknahme der Berufung zur Unterschrift vorgelegt hat. Sonst hätte ich nie unterschrieben und als dann Ihr Schreiben zurückkam wegen der Erledigung des Rechtsstreits, war es dann zu spät â| Ich bitte daher das Gericht, mir â| die Wiedereinsetzung in den alten Stand zu gewähren â| Es lag bei mir eine arglistige Täuschung vor, da ich nicht wusste was mir der Mitgefangene geschrieben hat und dieser meine Notlage schamlos ausgenutzt hat."

In der mündlichen Verhandlung war für den Kläger niemand erschienen.

Der Kl \tilde{A} ¤ger beantragt sinngem \tilde{A} ¤ \tilde{A} \square , den Beklagten unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts Augsburg vom 25.11.1999 und des Bescheides/Widerspruchsbescheides vom 21.06./27.08.1996 zu verurteilen, einen h \tilde{A} ¶heren GdB als 60 sowie die gesundheitlichen Voraussetzungen f \tilde{A} ½r die Merkzeichen "G" und "RF" festzustellen.

Der Beklagte beantragt, festzustellen, dass der Rechtsstreit $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Berufung des Kl \tilde{A} ¤gers (L 15 SB 28/00) durch die Berufungsr $\tilde{A}^{1/4}$ cknahme vom 15.08.2001 erledigt ist.

Bezüglich des weiteren Sachverhalts in den Verfahren des Beklagten und des Sozialgerichts wird gemÃxÃ $\$ Âx202 SGG und Âx543 der Zivilprozessordnung (ZPO) auf den Tatbestand des angefochtenen Urteils und die dort angefÃx4hrten Beweismittel, hinsichtlich des Sachverhalts im Berufungsverfahren auf die SchriftsÃxtze der Beteiligten und den Inhalt der Berufungsakten nach x68 136 Abs.2 SGG Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Obwohl der KlĤger mit Schreiben vom 15.08.2001 seine Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Augsburg vom 25.11.1999 zurĽcknahm, wodurch nach § 156 Abs.2 SGG der Verlust des Rechtsmittels bewirkt wird, führen seine im Schreiben vom 14.02.2003 als Widerruf/Rýcknahme/Anfechtung zu wertenden gegenteiligen Erklärungen bzw. sein Antrag auf "Wiedereinsetzung in den alten Stand " zu einem Streit Ã⅓ber die Wirksamkeit seiner Berufungsrücknahme und damit zur Weiterführung des Verfahrens vor dem Bayer. Landessozialgericht. Nachdem die Berufungsrücknahme sich jedoch am Ende der mÃ⅓ndlichen Verhandlung als wirksam erwies, musste der Senat feststellen, dass der Rechsstreit Ã⅓ber die Berufung des Klägers (L 15 SB 28/00) durch die Berufungsrþcknahme vom 15.08.2001 erledigt ist.

Grundsätzlich konnte der Kläger seine Berufung bis zum Schluss der mù⁄₄ndlichen Verhandlung zurù⁄₄cknehmen (§ 156 Abs.1 SGG). Die Berufungsrù⁄₄cknahme ist vom Kläger am 15.08.2001 unterschrieben worden, anschlieÃ□end dem Bayer. Landessozialgericht zugeleitet und somit wirksam erklärt worden. Eine Entscheidung in der Sache selbst, d.h. ù⁄₄ber die Feststellung eines höheren GdB bzw. der Voraussetzungen fù⁄₄r die beantragten Merkzeichen, ist dem Senat nach der wirksamen Beendigung des Rechtsstreites nicht mehr möglich (vgl. <u>BSGE 14, 138</u>; <u>19, 120</u>).

Die vom KlĤger erklĤrte Rücknahme der Berufung kann als Prozesshandlung weder frei widerrufen noch entsprechend den bürgerlich-rechtlichen Vorschriften wegen Irrtums oder Drohung (§Â§ 119, 123 BGB) angefochten werden (BSG SozR Nr.3 zu § 119 BGB; BSG in SozR 1500 § 102 Nr.2 m.w.N.; BSG 17.05.1966, 7 RAr 7/66). Auch eine Nichtigkeit der Rücknahmeerklärung könn- te selbst dann nicht angenommen werden, wenn â∏ wie nicht der Fall â∏ diese Erklärung aufgrund einer "Ã∏berrumpelung" durch das Gericht oder in Folge einer unrichtigen Belehrung über die Prozessaussicht abgegeben worden wäre (BSG 24.04.1980, 9 RV 16/79 m.w.N.; BSG in Breithaupt 1960, 744). Abgesehen davon, dass der Kläger in seinem Schreiben vom 14.02.2003 lediglich vorträgt, von einem Mitgefangenen arglistig getäuscht worden zu sein, der seine Notlage schamlos ausgenutzt hätte, und somit eine Unkorrektheit des Gerichtes ausdrücklich nicht rþgt, gelten die vorgenannten Grundsätze auch für die arglistige Täuschung.

Dies ergibt sich aus der Rechtsnatur von Prozesshandlungen, zu denen auch die Berufungsrýcknahme zählt. Diese können zwar durch eine spätere Prozesshandlung widerrufen, ergänzt, geändert oder berichtigt werden, grundsätzlich gilt dies jedoch nur, solange der Rechtsstreit anhängig ist. Nicht frei widerruflich bzw. nicht frei abänderungsfähig sind Prozesshandlungen, durch die der Prozessgegner eine Rechtsstellung erlangt oder aufgrund deren er seine Rechtsstellung eingerichtet hat (z.B. auch Rýcknahme; vgl. hierzu Thomas-Putzo, Zivilprozessordnung 24. Aufl., Einleitung III, Anm. 21 ff m.w.N.). Eine Ausnahme von diesem Grundsatz kann dann angenommen werden, wenn gleichzeitig mit der RÃ⅓cknahme deren Widerruf bei Gericht eingeht, was nicht der Fall war. Die vom Kläger am 15.08.2001 unterschriebene BerufungsrÃ⅓cknahme ging bei Gericht

am 17.08.2001 ein, sein Schreiben vom 14.02.2003 am 18.02.2003.

Abgesehen davon, dass der Klā¤ger lediglich rā¼gt, von einem Mitgefangenen bei der Unterschrift unter die Berufungsrā¼cknahme arglistig getā¤uscht worden zu sein, der nicht als Prozessbeistand tā¤tig war â∏ der Klā¤ger war nach wie vor zu diesem Zeitpunkt von seiner Prozessbevollmā¤chtigten vertreten â∏ und damit einrā¤umt, dass kein am Verfahren Beteiligter diese angebliche Tā¤uschung beging, hat das Gericht auch erhebliche Zweifel daran, dass er die Bedeutung seiner Unterschrift unter die Berufungsrā¼cknahmeerklā¤rung vom 15.08.2001 nicht kannte. Schlieā∏lich rā¤umte er in seinem Schreiben vom 30.08.2001 als Reaktion auf die Zusendung der Abschlussverfā¼gung selbst ein, es sei nā¶tig gewesen, das Verfahren durch das ihm vom Gericht zugegangene Berufungsschreiben zurā¼ckzuziehen, damit Verfahren Nr.2 weiter bearbeitet werden kā¶nnte. Damit drā¼ckte er schlieā∏lich aus, verstanden zu haben, dass das beim Bayer. Landessozialgericht anhā¤ngige Berufungsverfahren durch seine wirksame Berufungsrā¼cknahme erledigt war.

Nachdem der Kläger jedoch in seinem Schreiben vom 14.02.2003 sinngemägäl u.a. eine "Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" beantragt, diese jedoch nur bei Fristversäumnissen in Betracht kommt, war vom Senat noch zu prüfen, ob seine Berufungsrücknahme entsprechend den Regeln über die Wiederaufnahmeklage widerrufen werden konnte. Da jedoch ein hierfür erforderlicher gesetzlicher Restitutionsgrund (§ 179 Abs.1 SGG i.V.m. § 580 ZPO) nicht vorliegt (siehe hierzu BSG vom 24.04.1980, 9 RV 16/79 m.w.N.) kann das Begehren des KIägers auf Fortführung seines Verfahrens und Entscheidung in der Sache selbst keinen Erfolg haben. Einen Restitutionsgrund (insbesondere: falsche eidliche Aussage des gegnerischen Prozessbeteiligten, UrkundenfĤlschung, strafbares falsches Zeugnis/Gutachten, Urteilserschleichung, Amtspflichtverletzung eines Richters, Auffinden einer bisher unbekannten Urkunde) hat der KlĤger selbst nicht einmal vorgetragen; diesbezýglich ergeben sich auch keine Hinweise aus den Akten. Eine strafbare Verletzung der richterlichen Amtspflichten gegenļber dem KlĤger könnte im Ã∏brigen nur dann eine Restitutionsklage und damit einen Widerruf rechtfertigen, wenn der zustĤndige Richter wegen einer solchen Straftat rechtskrÄxftig verurteilt worden wÄxre oder wenn ein Strafverfahren aus anderen Gründen als mangels Beweises nicht eingeleitet oder durchgeführt werden könnte (§ 580 Abs.1 Nr.5 i.V.m. § 581 ZPO). Das ist nicht der Fall. Ob ein Nichtigkeitsgrund im Sinne des § 579 ZPO ebenfalls einen Widerruf rechtfertigt, kann dahingestellt bleiben. Denn die in <u>§ 579 Abs.1 ZPO</u> aufgefÃ¹/₄hrten Nichtigkeitsgründe (unvorschriftsmäÃ∏ig Besetzung des Gerichts; Mitwirkung eines kraft Gesetzes ausgeschlossenen oder wegen Befangenheit abgelehnten Richters, den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechende Vertretung einer Partei) liegen offensichtlich nicht vor.

Die Kostenentscheidung beruht auf den <u>§Â§ 183</u>, <u>193 SGG</u>.

Ein Grund fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision liegt nicht vor ($\frac{\hat{A}}{\hat{S}}$ 160 Abs.2 Nrn.1 und 2 SGG).

Erstellt am: 04.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024